

Monatsbrief Februar/März 2016

Als Ergebnis der 2. Tagung des 5. Landesparteitages liegt ein Programm zur Kommunalwahl vor. Der Umfang entspricht dem eines Parteiprogramms. Viel Raum nehmen in epischer Breite allgemeine Forderungen ein. Wir bezweifeln, dass dieses Programm im konkreten Wahlkampf vor Ort eine echte Hilfe für die Genossinnen und Genossen sein wird. U.E. hätten die Forderungen unserer Partei, die Alleinstellungsmerkmale besitzen, besonders gewichtet werden müssen, sodass diese auch auf einem 6-seitigen Folder überzeugend herausgestellt werden könnten. Gerne hätten wir unsere Anregungen und Erfahrungen eingebracht.

Beharrlich weigert man sich in Hannover jedoch, nach § 7 (3) der Bundessatzung zu verfahren. Es heißt dort, dass die Zusammenschlüsse „... aktiv in die Arbeit... aller Ebenen einzubeziehen...“ sind. Und das hat natürlich eine andere Qualität, als der beiläufige und in Niedersachsen gängige informelle Halbsatz, dass man ja, wenn man wolle, etwas dazu sagen könne...

Am Rande sei festgestellt, dass die Beschlüsse der 1. Tagung des 5. Landesparteitages nicht umgesetzt werden: Delegiertenmandate für die Zusammenschlüsse für LPT und Landesausschuss. Besonders hart trifft uns im dritten Jahr in Folge der Entzug der finanziellen Mittel (bis auf einen marginalen Betrag).

Schließlich kommen wir nicht umhin, den eigentlichen Skandal des Parteitages zu kommentieren: Unter Meinungsführerschaft der niedersächsischen Bundestagsabgeordneten Dehm und Behrens hat sich eine knappe Mehrheit der Delegierten gegen einen „sofortigen Abschiebestopp und ein Bleiberecht für alle Geflüchteten“ ausgesprochen.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Der Skandal besteht nicht im Stimmverhalten der Delegierten, sondern darin, dass dieses durch scheinbar linke Argumente evoziert wurde. Die Argumente der Antragsgegner entsprechen in fataler Weise denen, die vorgebracht werden, wenn es darum geht, die grundsätzliche Ablehnung von Bundeswehreinsätzen durch Einzelfallentscheidung aufzuweichen. Zug um Zug, das ist unser Eindruck, wird darauf hingearbeitet, eine gewisse „Geschmeidigkeit“ in Bezug auf die Grundpositionen unserer Partei zu erreichen, was die Koalitionsmöglichkeit mit den Kriegs-, Hartz-IV- und Abschiebeparteien SPD und Bündnisgrünen erleichtert.

Auf den bevorstehenden Regionalkonferenzen werden die Delegierten für den Bundesparteitag gewählt. Wir werden aufmerksam beobachten, welche Haltung die Bewerberinnen und Bewerber der „Geschmeidigkeitsstrategie“ gegenüber einnehmen und entsprechend abstimmen.

KPF Niedersachsen
Für den LandessprecherINNENrat
Ulrich Vanek und Christine Melcher